

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 646 ppbn d  
Telefax: 21 06 54

## Inhalt

Adolf Salzer zu den Verbindungen des Walter Wallmann: Saubermann im Zwiellicht.  
Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zur Entwicklung in Nepal: König Birenda immer mehr unter Druck.  
Seite 3

Helmut Wiczorek MdB zu den Überlegungen der Bundesregierung, die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger in Anspruch zu nehmen: Kosten der deutschen Einheit nicht Ländern und Sozialkassen aufbürden.  
Seite 4

### Dokumentation

Sozialdemokratische Bildungspolitik aus der BRD und der DDR haben Ende März in Hannover eine Erklärung zu den Konturen einer gesamtdeutschen Bildungspolitik erarbeitet. Ihre Erklärung im Wortlaut (Teil 1)  
Seite 5

46. Jahrgang / 87

5. April 1990

### Saubermann im Zwiellicht

Zu den Verbindungen des Walter Wallmann

Von Adolf Salzer  
Pressesprecher des SPD-Bezirktes Hessen-Süd

In der Bierstädter Straße 2 haben „Spiegel“ und „Stern“ ihre eifrigsten Leser. Hier, am Sitz der Wiesbadener Staatskanzlei, ist die Lektüre der beiden Hamburger Magazine Muß und Vergnügen zugleich. Ein Muß, weil natürlich schärfstens zurückgewiesen werden muß, was Regierungssprecher Müller als „infame Kampagne gegen den hessischen Ministerpräsidenten“ einstuft. Ein Vergnügen, weil, fast schon allwöchentlich, nachzulesen ist, wie sehr es doch hinter der Fassade des auf Etikette bedachten Landesvaters menschelt.

Seit Monaten schon steht der selbsternannte Saubermann, der einmal „Hessen in Ordnung bringen“ wollte, im Zwiellicht. Fällt der Name Wallmann, so denken heute auch CDU-Sympathisanten nicht mehr an einen Kronprinzen Kohls, sondern an Affären und Pannen - und an das Tief, in das der instinkt- und glücklose Regierungschef die seit der Kommunalwahl vor einem Jahr ohnehin schon gebeutelten Christdemokraten weiterhin zieht.

Walter Wallmann muß sich in einem Atemzug nennen lassen mit einem gewissen Hersch Beker. Die Rede ist von dem Frankfurter Bordellkönig, dessen gewinnträchtige Connection mit dem früheren CDU-Magistrat der Mainmetropole die „Frankfurter Rundschau“ zu einer hinreißenden Schlagzeile inspiriert hat: „Die Stadt, die Puffs und das Geld“. Laut „Spiegel“ hat sich Wallmann während seiner Zeit als Frankfurter OB „offenbar persönlich dafür eingesetzt“, mit Beker über eine Verlagerung der Prostitution aus dem Bahnhofsviertel zu verhandeln. In einem Schreiben vom 15. Mai 1985 an das Regierungspräsidium in Darmstadt habe Wallmann darauf hingewiesen, daß die Bordelliers „Verhandlungen aufgeschlossen gegenüber“ stünden. Die Aufgeschlossenheit des CDU-Magistrats wiederum zahlte sich für Beker in Millionengewinnen durch Grundstücksgeschäfte und bedenkenlos genehmigte Spielkasinos aus.

Noch im Januar hatte Wallmann auf einer Pressekonferenz versichert, er habe damals „gar nichts darüber gewußt, daß mit denen verhandelt wird“. Heute bestätigt sein Sprecher die Existenz des vom „Spiegel“ erwähnten Briefes, um im übrigen nur lahm zu kontern, daß dort keine Namen genannt seien, also auch der inzwischen inhaftierte Rotlichtboß nicht erwähnt sein könne.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalpaşa Üretim  
Mühürleme Kuruluşları  
Konservasyon



Auch in einem anderen Fall konnten Freunde nicht mehr den Ansehensverlust des Ministerpräsidenten korrigieren. Jahrelang hatte Wallmann Privathaus und Garten im Frankfurter Nobelviertel Larchesberg auf Staatskosten pflegen und verschönern lassen. Nach massiver öffentlicher Kritik erklärte er sich schließlich bereit, die seit seinem Ausscheiden als Frankfurter Oberbürgermeister (1986) vom Land geleisteten Zahlungen rückzuerstatten: rund 25.000 Mark für die Gartenpflege, 30.000 Mark pro Jahr für eine Haushälterin. Darin nun ein Schuldgeständnis zu sehen, hielten CDU und FDP im Landtag für abwegig. Mit Mehrheit lehnten sie einen Mißbilligungsantrag ab, den die SPD damit begründet hatte, es sei sowohl gegen das Gebot der Haushaltsklarheit als auch gegen das Ministerbezügegesetz verstoßen worden. Doch der Eindruck, den Wallmann mit seiner Vorstellung vom Umgang mit Steuergeldern in der Öffentlichkeit hinterlassen hatte, blieb. Der „Hanauer Anzeiger“, sonst der Regierung in Wiesbaden durchaus gewogen, hatte dafür nur ein Wort gebraucht: „Reffgier“.

Von „Seiner Scheinheiligkeit“ sprechen längst Mitarbeiter des Regierungschefs, nicht nur darauf anspielend, daß Duzfreunde sich in der Ministerrunde und bei Besprechungen mit dem Titel anreden müssen. Der Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist bei Wallmann in der Tat eklatant:

- Verantwortung für Natur und Umwelt wollte er großschreiben - um dann mit dem aberwitzigen Plan zu kommen, verstrahltes Molkepulver in einer Milchfabrik bei Gießen, dazu noch in einem als Trinkwasserschutzgebiet vorgesehenen Gelände, entsorgen zu lassen.
- Ein Ministerpräsident aller hessischen Bürgerinnen und Bürger wollte er sein - den Beamten aber enthält er die in allen anderen Bundesländern in Kraft getretene Arbeitszeitverkürzung vor.
- Liberal sollte Hessen unter Wallmanns Regierungsverantwortung sein - doch aus Sorge um Wählerstimmen von rechtsaußen läßt er seine Christdemokraten einen skandalösen, von Kirchen wie Gewerkschaften als abstoßend empfundenen ausländergefeindlichen Kommunalwahlkampf führen.
- Konsequenzen einschließlich Parteiausschluß droht er den in der Wetteraugemeinde Wölfersheim mit der NPD stimmenden Parteifreunden an - die CDU dort macht weiter gemeinsame Sache mit den Rechtsextremen, von Disziplinarmaßnahmen keine Rede mehr.

Die „Grußadressen an den rechten Rand“, die der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Klemm beim CDU-Landesvorsitzenden geortet hat, sie haben Methode. Ein Erlaß, nach dem Hessens Schüler wieder ausdrücklich mit allen drei Strophen des Deutschlandliedes vertraut gemacht werden sollen, gehört dazu. Und sieht die Landtagsopposition darob den Ministerpräsidenten in der rechten Ecke, hat dieser keine Skrupel, auch schon mal mit einem Göring-Zitat gegen die SPD zu agitieren - so geschehen in einer Debatte im vergangenen Herbst. Da sieht sich dann selbst die nur selten um Eigenprofil bemühte Hessen-FDP gezwungen, auf Distanz zu Wallmann zu gehen.

Ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl macht sich bei den Wiesbadener Wende-Parteien Nervosität breit. Das Ergebnis einer mit Steuermitteln finanzierten Umfrage des IPOS-Instituts wagte die Staatskanzlei erst gar nicht der Öffentlichkeit vorzustellen. Es kam trotzdem heraus: 33 Prozent würde die Union heute noch bekommen, zehn Punkte weniger als bei der letzten Landtagswahl.

(-/5.4.1990/rs/vs-he/ks)

**König Birenda immer mehr unter Druck****Zur Entwicklung in Nepal**

Von Dr. Edith Niehuis MdB  
Vorsitzende der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe

Seit dem 18. Februar 1990 streiten in Nepal die Menschen für eine Mehr-Parteien-Demokratie. Alle Versuche des parteilosen Panchayat-Systems unter Führung von König Birenda, die Demokratiebewegung mit rigorosen Methoden zum Schweigen zu bringen, sind bisher gescheitert. Was am 18. Februar in der Hauptstadt Kathmandu begann, hat sich mittlerweile auch auf die ländlichen Gegenden ausgeweitet. Es scheint, daß aus der Demokratiebewegung in Nepal, anders als bei dem 1985 erfolglos abgebrochenen Versuch, 1990 eine Volksbewegung geworden ist. Die Demonstrationen gehen weiter, und seit Montag befolgen die meisten Geschäftsleute in Kathmandu den Aufruf der nepalesischen Demokratiebewegung zum Generalstreik und halten ihre Läden geschlossen. Auch die Ärzte Nepals beschränken ihre Dienste lediglich auf die Notfallversorgung. Damit spitzt sich die Lage in Nepal, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, weiter zu.

Trotz zahlreicher internationaler Gesuche, so von der Sozialistischen Internationalen, mehreren westeuropäischen Regierungen und von Menschenrechtsorganisationen, an den nepalesischen König, die Polizeiübergriffe gegen Demonstranten zu unterbinden, geht das Panchayat-System weiterhin brutal gegen die Demokratiebewegung vor. Doch es scheint, als ob die nepalesische Polizei rein personell den Massendemonstrationen nicht gewachsen ist. Mittlerweile wurden schon über 10.000 Soldaten in Polizeiuniformen gesteckt, um gegen die Demonstranten vorzugehen. Und laut Marshal Zoolum Skakya, Vorsitzender der zwangsweise aufgelösten Congress-Partei-Gruppe in Kathmandu, soll die Regierung mehr als 300 „Kriminelle“ aus den Bergen geholt haben, um sie gegen die Demokratiebewegung einzusetzen.

All dieses deutet nicht darauf hin, daß der König Birenda und die aus Indien stammende Königin, der viel Einfluß in Nepal nachgesagt wird, zum Einlenken bereit wären. Weitere blutige Polizeiübergriffe, Verhaftungen und auch Folter in den Gefängnissen wären die Folge.

Die nepalesische Demokratiebewegung schaut darum erwartungsvoll auf die indische Regierung. Zwischen Indien und Nepal gibt es traditionell enge Beziehungen, und nicht wenige indische Politiker haben sich verbal auf die Seite der Demokratiebewegung in Nepal geschlagen. Doch die indische Regierung zögert, sich über die Entwicklung im Nachbarstaat zu äußern, zum einen weil sie bei Amtsantritt ein gutes Verhältnis zu allen Nachbarn Indiens versprach und zum anderen weil die indische Minderheitsregierung gerade im Hinblick auf Nepal nicht frei in ihrer Entscheidung ist. Die die Minderheitsregierung mittragende fundamentalistisch-hinduistische Partei BJP unterstützt den hinduistischen König Nepals und verlangt Nichteinmischung. In dieser Situation erwartet die nepalesische Demokratiebewegung zumindest von Indien, daß es ein unterschriftsreifes Handels- und Transitabkommen unter den gegebenen Umständen nicht mit der nepalesischen Regierung abschließt.

Die Demokratiebewegung in Nepal braucht im Moment mehr internationale Unterstützung.

(-/5.4.1990/rs/ks)

**Kosten der deutschen Einheit nicht Ländern und Sozialkassen aufbürden**

**Zu den Überlegungen der Bundesregierung, die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger in Anspruch zu nehmen**

**Von Helmut Wieczorek MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages**

Innerhalb der Bundesregierung hat sich offenbar herumgesprochen, daß die deutsche Einheit wohl doch nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Nachdem aus wahltaktischen Gründen Steuererhöhungen vorerst vollmundig ausgeschlossen werden, stellt die Bundesregierung jetzt leichtfertige Überlegungen an, den Bund von einem Teil der Kosten auf dem Weg zur deutschen Einheit zu entlasten.

Während der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Carstens, bei der Beratung des Nachtragshaushalts 1990 einen Beitrag der Länder und Gemeinden einforderte, schielte der Bundeskanzler ausgerechnet auf dem Landesparteitag der NRW-CDU von Bundesminister Blüm unverhohlen auf die bundesdeutschen Sozialkassen.

Die unverantwortlichen Überlegungen der Bundesregierung verkennen völlig, daß die vor uns liegenden Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit zunächst ausschließlich die Bundesrepublik Deutschland und die DDR betreffen und damit Bundesangelegenheit sind. Erst die vollzogene Einheit schafft einen neuen deutschen Bundesstaat, für den dann nach neuen Gesichtspunkten zu bewertende einheitliche Bemessungsmaßstäbe für die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften aufzustellen sind und ein einheitliches Sozialversicherungssystem zu schaffen ist.

Statt die deutsch-deutschen Kosten endlich offenzulegen und ihre solide Finanzierung zu sichern, wird das bewährte Finanzgefüge zwischen Bund und Ländern in Frage gestellt. Und statt ein Konzept für die Sozialunion vorzulegen, stellt die Bundesregierung leichtfertig und zu Lasten der Beitragszahler die bundesdeutschen Sozialkassen als „Verschiebebahnhof“ zur Disposition. Diese neue Finanzierungsvariante und das Verwirrspiel der vergangenen Tage um Umtauschquoten und pauschale Ausgleichszahlungen zeigt erneut die völlige Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik.

(-/5.4.1990/rs/ks)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

=====

### Bildungspolitische Erklärung aus Hannover (Teil I)

-----

Die bildungspolitischen Sprecher und Sprecherinnen der SPD der Landtage und des Bundestages und des Europäischen Parlaments, die Bildungskommission beim Parteivorstand der SPD, der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich sowie die Bildungskommission der SPD der DDR haben sich am 29. und 30. März 1990 in Hannover getroffen und eine Erklärung erarbeitet, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

Der deutsche Einigungsprozeß im Bildungswesen soll auf der Grundlage des föderativen Systems geschehen. Die einheitliche Struktur und die Geschichte des Bildungswesens der DDR machen es allerdings erforderlich, daß es für eine Übergangszeit eine gemeinsame, die besonderen Probleme und Interessenlagen berücksichtigende Bildungspolitik der DDR-Länder geben muß.

Verhandlungspartner in der Bundesrepublik für Bildung, Kultur und Wissenschaft sind daher die Länder und deren zuständige Organe sowie der Bund im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes.

Sozialdemokratische Bildungspolitik in Deutschland läßt sich von folgenden Prinzipien leiten: Oberster Gesichtspunkt der Bildungspolitik ist die Förderung aller Kinder und Jugendlicher. Wir wollen Schulen, die eine Vielfalt von Bildungsmöglichkeiten und Abschlüssen anbieten, den unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen, die differenziert fördern und so zu mehr Chancengleichheit führen. Kinder und Jugendliche sollen sich zu eigenständig und kreativ denkenden, fühlenden und handelnden Menschen entwickeln können - zu Menschen, die ihr Leben lang lernbereit, wissenshungrig und musisch aufgeschlossen bleiben. Wissenserwerb wollen wir mit sozialem Lernen verknüpfen, auch um dem wachsenden Konkurrenzdruck aus der Arbeitswelt entgegenzuwirken. Bildung ist mehr als Wissen und nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Selbstzweck.

Der Prozeß der Einigung Deutschlands und die Etablierung der Marktwirtschaft in der DDR dürfen nicht dazu mißbraucht werden, einen rigiden Leistungs- und Auslesedruck in die Schulen zu tragen und dafür besondere Schulformen zu etablieren. Der Aufbau der demokratischen Gesellschaft in der DDR hat auch Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland. In beiden deutschen Staaten wird verstärkt über die Notwendigkeit diskutiert, den Schulen größere Freiräume bei der inhaltlichen und methodischen Gestaltung zu ermöglichen. Sozialdemokraten in beiden deutschen Staaten begrüßen dies. Sie wollen mehr Mitbestimmung der Beteiligten. Bildungseinrichtungen sollen dazu dienen, die Heranwachsenden zu helfen, sich in einer komplizierten, dem schnellen Wandel unterworfenen Gesellschaft zu orientieren und ein aktives und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die Bildungspolitik der Chancengleichheit erfordert geeignete rechtliche, organisatorische, personelle und materielle Rahmenbedingungen. Dabei ist die Ausgangslage in beiden deutschen Staaten unterschiedlich. Da Bildungsprozesse langwierig sind, kann es nicht darum gehen, die Angleichung des DDR-Bildungssystems an das bundesrepublikanische System zu betreiben, sondern die Entwicklungschancen in der DDR geschaffener Realitäten auszuloten. Das Angebot von Kinderkrippen, Kindergarten- und Hortplätzen, die Berufsausbildung mit Abitur, der Grundgedanke der polytechnischen Bildung, das Prinzip der Einheitlichkeit der Bildung und der Organisation, die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen usw. sind nicht dadurch diskreditiert, daß teilweise ihre Chancen nicht genutzt oder gar mißbraucht worden sind.

Dennoch stellen sich gravierende Fragen, auf die schnell eine Antwort gefunden werden muß. Dazu sind zu zählen:

### 1. Die Anerkennung der Abschlüsse

---

- A) Die SPD in Deutschland tritt für das Prinzip der Offenheit der Schulen und der Öffnung der Hochschulen ein. Angesichts der bevorstehenden Einigung Europas wäre es verhängnisvoll, wenn mit den DDR-Zeugnissen dasselbe unwürdige Spiel der kleinlichen Rechnerei mit Zensuren, Stunden und Fächern geschähe, wie es unter den bundesdeutschen Ländern üblich ist. Um bei Numerus clausus-Fächern wegen der durchschnittlichen besseren Abiturnote der DDR-Zeugnisse Ungerechtigkeiten gegenüber den bundesrepublikanischen Bewerbern zu vermeiden, tritt die SPD für eine kurze Übergangszeit für eine Länder-Quotenregelung ein, so daß in diesem Rahmen die DDR-Bewerber untereinander konkurrieren. Dauerhaft müssen curriculare Reformen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland zur Vergleichbarkeit der Abschlüsse führen. Dabei ist auch die Länge der Schulzeit zwischen den beiden Staaten anzugleichen.
- B) Die Voraussetzung der Anerkennung der Abschlüsse in der beruflichen Bildung muß durch Verhandlungen zwischen den Fachinstituten in der DDR und der Bundesrepublik vorbereitet werden.

### 2. Öffnung der Hochschulen der DDR

---

In den Hochschulen der DDR gibt es noch ungenutzte Kapazitäten. Zur Sicherung und zur Verbesserung der Pluralität des wissenschaftlichen Lehrangebotes muß ein Austausch der Lehrenden und Lernenden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR großzügig gefördert werden. Ein Austauschprogramm für Studierende ist zu organisieren und zu finanzieren.

Zur Sicherung und Öffnung der Hochschulen der DDR und der Bundesrepublik ist eine Intensivierung des Hochschulbaus, des studentischen Wohnheimbaus und der apparativen und Bibliotheks-Ausstattung in Ost und West erforderlich.

### 3. Einrichtung von Fachhochschulen

---

Die Umwandlung der Ingenieurschulen und geeigneter Fachschulen der DDR in Fachhochschulen sowie der rasche Ausbau der Fachhochschulen in Ost und West sind wichtige Voraussetzungen für die künftige wirtschaftliche, technologische und soziale Entwicklung in Deutschland.

(—/5.4.1990/rs/fr)

(wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt)

\* \* \*